

Europa nach der Wahl – neues Parlament, neue Kommission, neue Ideen?

Noch ist der Kurs der neuen EU-Kommission unter Ursula von der Leyen nicht erkennbar.

Das Europäische Parlament hat nach der Wahl zunächst einmal seine Arbeitsstrukturen aufgebaut und die Kommissionspräsidentin gewählt. Welche Aufgaben warten auf die EU-Politiker?

Bevor er die Aufgaben und Probleme der EU beschrieb, wartete der Staatssekretär für Europa der Hessischen Landesregierung, Mark Weinmeister, mit einem Hinweis auf, der oft untergeht: Er sei froh über junge Menschen, die sich für europäische Politik interessierten. Das habe die Wahl gezeigt. Er habe es in seinem gesamten politischen Wirken bisher noch nie erlebt, dass die Wahlbeteiligung sich um 18 Prozent-Punkte gegenüber vorherigen Wahl erhöht habe. Das habe es in Deutschland vor der letzten Wahl des EU-Parlaments noch nicht gegeben. Gleichzeitig habe er aber auch persönlich erfahren müssen, wie schnell das Interesse der Bürger hierzulande an EU-Themen erlahmen könne: „Wehe, es ist nicht mehr in den Medien, dann lässt das Interesse nach.“

Foto: GSP



Der Referent, Mark Weinmeister, Staatssekretär für Europaangelegenheiten der Hessischen Landesregierung, bei seinem Vortrag

Veränderte Ausgangslage im EU-Parlament

Die Wahl hat, so der Staatssekretär, aber auch zu veränderten Machtverhältnissen im EU-Parlament geführt. Die bisher vorhandene Mehrheit von europäischen Sozialdemokraten und Christdemokraten/Konservativen gibt es nicht mehr. Plötzlich kommen den kleineren Fraktionen, namentlich den Liberalen und den Grünen, eine höhere Bedeutung bei der Bildung von Mehrheiten zu. Für Staatssekretär Weinmeister bedeutet dies, dass die Mehrheitsbildung im EU-Parlament aufwendiger, nicht notwendigerweise aber schwieriger wird.

Rolle des Parlaments ist gestärkt

Das wird immer wichtiger, denn das EU-Parlament ist durch die letzten EU-Verträge immer weiter gestärkt worden. Heute gibt es keine Entscheidung in Europa mehr ohne die Zustimmung des EU-Parlaments. So ist schon vor der letzten EU-Wahl aus dem Parlament heraus das europäische Spitzenkandidatensystem entstanden. Nun scheiterte es an den Staats- und Regierungschefs der

EU, aber auch an der Uneinigkeit im Parlament selbst, sodass bei vielen der Eindruck entstand, dass dieses System im Hinterzimmer der europäischen Staatschefs beerdigt wurde: „Das Parlament hat sich da die Beine weggeschlagen, auf denen es steht.“

So ist nach Weinmeister die Zusammensetzung der neuen Kommission die erste Bewährungsprobe für das EU-Parlament. Der nach seiner Einschätzung weitverbreiteten Sorge in Deutschland, nach der nach Brüssel in die Institutionen kein Spitzenpersonal und keine Fachleute entsandt würden, trat er entgegen, genau so, dass Personalentscheidungen undemokratisch getroffen würden.

27 oder 28: Keiner weiß es

Die bei Redaktionsschluss noch laufende Befragung der Kandidaten für die neue EU-Kommission durch das EU-Parlament, die aufgrund ihrer Tiefe und ihres Umfangs auch „Grillen“ genannt wird, sorgt für demokratische Legitimierung der Kandidaten: „In Brüssel muss man sich stellen“, so Staatssekretär Mark Weinmeister. Sollten die Kommissare die Befragung bestehen, könne die EU-Kommission ihre Arbeit wie

vorgesehen am 1. November aufnehmen. Ob dann die EU aus 27 oder doch noch 28 Mitgliedstaaten bestehen wird?

Die Aufgaben der neuen Kommission

Die Kommission müsse sich vor allem erst einmal um das Verhältnis zu Großbritannien kümmern, egal ob der Brexit kommt oder ob die Briten in der EU bleiben. Die Verbindung müsse auf jeden Fall gehalten werden. Eine weitere wichtige Aufgabe ist für Staatssekretär Weinmeister: „Wie geht es weiter mit dem gemeinsamen Haushalt?“ Die nächste Haushaltsperiode, auf EU-Ebene spricht man von Finanzrahmen, soll am 1. Januar 2021 für sieben Jahre starten. Doch was passiert dann mit dem möglicherweise nötigen Ersatz für den Nettozahler Großbritannien? Hat die EU dann noch die Mittel für wichtige Investitionen? Vor allem den Breitbandausbau und die Entwicklung des ländlichen Raums sieht Weinmeister dann in Gefahr. Daher bekräftigt er noch einmal: „Unser Interesse als Länder, als Kommune, als kommunale Familie muss es sein, dass der EU-Haushalt nicht kaputtgeht.“

Herausforderungen der Zukunft

Neben diesen beiden Aufgaben sieht der Staatssekretär vier große Herausforderungen für die EU:

Erstens muss Europa eine Antwort auf das Problem Klimawandel geben.

Zweitens muss Europa es schaffen, für die mit der Migration zusammenhängenden Fragen eine gemeinsame Entscheidung zu treffen – egal in welche Richtung. Geschieht dies nicht, werde der Spaltpilz weiter in die EU getrieben.

Drittens nannte er die Frage der Sicherheit in Europa. So sei mit der permanenten europäischen Sicherheitszusammenarbeit (PESCO) ein sinnvolles System europäischer Kompetenz- und Kräftebündelung geschaffen worden. Aber auf europäischer Ebene ist noch lange nicht alles gelöst. Herausforderungen stellten z.B. die unterschiedlichen Rechte von Soldaten in den EU-Mitgliedsländern sowie die Versorgung und Rechtsstellung von Verwehrten und Hinterbliebenen dar.

Viertens muss sich die EU um die Digitalisierung kümmern. Das ist für den Referenten der Kern der Frage, wie wir zukünftig zusammenleben wollen. Denn Bahnbrechendes komme in diesem Sektor nicht mehr aus Europa oder gar Deutschland. Die Innovation komme aus dem Silicon Valley, die Produktion aus Ost- und Südostasien. Es sei daher notwendig, dass die Europäer nicht nur national denken, sondern vielmehr Fördergelder und Kompetenzen bündeln. Sonst hätten die Europäer gerade dem chinesischen Machtanspruch nichts entgegenzusetzen. „Wir hatten in den 1980er

Jahren die Sicherheit, dass das freie, demokratische System im Westen wirtschaftlich erfolgreicher ist als der Osten mit seinem unfreien System. Heute ist das mit Blick auf China nicht mehr so sicher“, betonte er.

Europa ist nur gemeinsam stark

Die kommenden Herausforderungen könne man nur gemeinsam lösen, so Staats-

PESCO (Permanent Structured Cooperation) bezeichnet die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die sich in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik besonders engagieren wollen. Dies kann z.B. die Interoperabilität zwischen EU-Mitgliedstaaten, z.B. eine Synchronisierung nationaler Streitkräftestrukturen oder die Durchführung gemeinsamer Rüstungsprojekte bedeuten. Der Abbau von bürokratischen Barrieren soll zu einer Art „militärischem Schengen“ führen und könnte langfristig die Gründung einer Europäischen Armee vorbereiten.

sekretär Weinmeister. Vor allem, wenn man dazu noch den Rückgang der europäischen Bevölkerung ins Verhältnis mit der Bevölkerungsentwicklung in Afrika und Südostasien setze. Insgesamt muss man wegkommen von nationalen Alleingängen und die Gemeinschaft wieder stärken. Staatssekretär Weinmeister meinte, er sei aber ein Berufsoptimist und so würde er es mit Martin Luther halten und gerne je-

den Tag ein Apfelbäumchen der Hoffnung pflanzen, denn: „Herausforderungen sind zum Lösen da!“

Ein historischer Augenblick

Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik hat diese Veranstaltung in die Phase der Erinnerung an den Mauerfall gelegt. Der Vorsitzende der Kameradschaft Ehemalige, Reservisten, Hinterbliebenen (ERH) im Bundeswehrverband Bad Arolsen-Wolfhagen, Oberst a.D. Jürgen Damm eröffnete die Veranstaltung mit einem Zitat: „Wir sind heute zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...“, der wohl berühmteste und vielleicht auch bedeutendste unvollständige Satz im Zusammenhang mit dem Fall der Mauer und der „Wende“. Es sind jene erlösenden Worte, die der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 30. September 1989 auf dem Balkon der deutschen Botschaft in Prag zu den dort circa 4.000 ausharrenden DDR-Flüchtlingen sprach.

So schlug die Kooperationsveranstaltung, an der der Deutsche Bundeswehrverband und die GSP-Sektionen Wolfhagen-Hofgeismar und Kassel mitwirkten, den Bogen von der Deutschen Einheit zur Europäischen Union. Die Organisatoren hatten bewusst diesen historischen Tag der Geschichte von vor 30 Jahren gewählt, um die Veranstaltung in den historischen Kontext zu stellen. Somit wehte im Bad Arolsener Bürgerhaus ein Hauch der Geschichte.

Valentino Lipardi,
Sektionsleiter Kassel GSP
In eigener redaktioneller Verantwortung.



Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

53111 Bonn, Wenzelgasse 42, Tel.: (0228)652556. E-Mail: geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 100 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischen Verständnisses in der Bevölkerung.

Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgaben durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

Spendenkonto

Sparda-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

Präsident: Prof. Dr. Johannes Varwick

Geschäftsführer: Reiner Wehnes

Vereinsregister-Nr.: 5684, Amtsgericht Bonn

Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in 7 Landesbereiche und 2 selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 04331/696174)

Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04761/70121)

Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 0172/3034560)

Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 02255/4258)

Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)

Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)

Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/36289697)

Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)

Selbstständige Sektion Berlin (Tel.: 0176/23366939)